



Handreichung

Bildungspolitische Ziele mit Hilfe von Indikatoren abbilden

Dieses Vorhaben wird aus Mitteln des Bundesministeriums für Bildung und Forschung gefördert.



Einführung

Im Bereich der Bildung gibt es in jeder Kommune Themen, die als besonders bedeutend eingestuft werden und im Mittelpunkt der politischen und öffentlichen Aufmerksamkeit stehen. Diese zentralen Themen werden vielfach in der strategischen Entwicklung der Kommune aufgegriffen und dort mit bildungspolitischen Zielen unteretzt. Auf diese Weise wird allen Akteuren der Bildungslandschaft eine Orientierung für ihr Handeln gegeben und sichergestellt, dass sich Maßnahmen und Aktivitäten an der Erreichung der Ziele ausrichten. Für eine fortlaufende Entwicklung der Bildungsziele einer Kommune sind Rückmeldungen über die Zielerreichung sehr bedeutend. Sie liefern Hinweise auf die Qualität der strategischen und operativen Arbeit und regen damit Diskussionsprozesse zur weiteren Entwicklung der Bildungslandschaft an.

Die Überprüfung der (Nicht-)Erreichung von bildungspolitischen Zielen stellt damit einen wichtigen Auftrag des Bildungsmonitorings dar. Innerhalb des Bildungsmonitoring-Kreislaufs zeichnen sich hier zudem zentrale Schnittstellen zum Bildungsmanagement ab: Auf einer analytisch-strategischen Ebene werden mit wichtigen Akteuren der Bildungslandschaft, moderiert durch die Mitarbeitenden des Bildungsmanagements, Ziele entwickelt. Das Bildungsmonitoring prüft dann, ob die gesteckten Ziele erreicht wurden. Die Ergebnisse werden wiederum vom Bildungsmanagement aufgenommen, mit den Akteuren interpretiert und Schlussfolgerungen für die Entwicklung der Bildungslandschaft abgeleitet.

Für die Sichtbarmachung der Zielerreichung steht im Rahmen eines kommunalen Bildungsmonitorings lediglich ein eingeschränktes Set an Kennzahlen zur Verfügung, das nur unter hohem Einsatz von personellen, finanziellen und zeitlichen Ressourcen erweitert werden kann. Bei der Operationalisierung von Bildungszielen müssen sich die Mitarbeitenden des Monitorings deshalb vermehrt an dem Datenmaterial ausrichten, das Ihnen schon zur Verfügung steht. Aus theoretischer und methodischer Perspektive ist bei der Messbarmachung von bildungspolitischen Zielen jedoch nicht relevant, auf welche Indikatoren zurückgegriffen werden kann, sondern welche das Ziel am besten abbilden. Können Ziele nur mit hohen Abstrichen bei der theoretischen und methodischen Güte gemessen werden, bleibt die Aussagekraft der Ergebnisse eingeschränkt.

Demgegenüber stehen die hohen Ansprüche an ein Bildungsmonitoring. Von den Mitarbeitenden wird nicht nur verlangt, dass sie genauestens über die (Nicht-)Einhaltung von Zielvorgaben Auskunft erteilen können. Sie sollen auch über die Ursachen für verschiedene Problemlagen aufklären oder die Wirkungen von Aktivitäten und Maßnahmen präzise abschätzen. Auf der Grundlage des vorhandenen Datenbestandes und mit den Ressourcen eines kommunalen Bildungsmonitorings ist das aber kaum möglich. Mitarbeitende des Bildungsmonitorings stehen deshalb auch immer unter dem Druck, ihre Ergebnisse zu erklären, ihr Vorgehen zu rechtfertigen und die unterschiedlichen Erwartungen verschiedenster Akteure zu balancieren. Deshalb kann die Überprüfung der (Nicht-)Erreichung von bildungspolitischen Zielen nicht ausschließlich als eine Messbarmachung von Zielen betrachtet werden. Es ist ein Prozess, in dem theoretische, methodische, pragmatische und politische Ansprüche miteinander in Einklang gebracht werden müssen.



Im Folgenden wollen wir Ihnen die Operationalisierung von Bildungszielen als einen Prozess vorstellen, der unter dem Primat der Kommunikation und Verständigung steht. Wir werden deshalb nicht nur erläutern, welche theoretischen und methodischen Probleme Sie in den einzelnen Phasen dieses Prozesses lösen müssen, sondern auch zeigen, worin genau Gesprächsanlässe bestehen und warum Sie stets weitere Akteure in Ihre Arbeit einbinden sollten.

Wir schlagen vor, den Prozess der Operationalisierung in vier Phasen aufzuteilen. In der vorbereitenden Phase (1) geht es darum, bildungspolitische Ziele der Kommune zu ordnen und ihre Beziehungen untereinander zu klären. In der zweiten Phase schärfen Sie Ihre Begriffe (2) bevor Sie sich im Weiteren an die Entwicklung von Indikatoren machen (3). Den Abschluss bildet die Verständigung über die Ergebnisse und das Ableiten von Empfehlungen (4).

Wenn Sie an der Messung von Zielen mit Hilfe von Indikatoren arbeiten, haben Sie sich bereits für eine bestimmte Herangehensweise zur Zielüberprüfung entschieden. Diesem Entschluss sind in der Regel Überlegungen vorausgegangen, die wir zuvor kurz skizzieren möchten.



Vorüberlegungen

Ein zentraler Aspekt bei der Untersuchung von sozialen Phänomenen ist die Gegenstandsangemessenheit der Methode. In unserem Fall wäre zu fragen, ob die interessierenden Gegenstände, also die in den Zielen thematisierten Phänomene, überhaupt mit Hilfe von Indikatoren messbar sind. Die Quantifizierung über eine Messung mit Hilfe von Indikatoren setzt großes Wissen über den Gegenstand voraus. Haben Sie dieses Wissen nicht oder ist der Gegenstand sehr komplex, dann liefern andere Formen der Datenerhebung, z. B. qualitative Zugänge über nicht standardisierte Interviews, möglicherweise vielversprechendere Ergebnisse.

Sollen Sie etwa abschätzen, ob die Qualifizierung von Sozialarbeiterinnen/Sozialarbeitern und die Verbesserung des Personalschlüssels durch zusätzliche Stellen zu einer Verbesserung der Qualität der Schulsozialarbeit geführt haben, scheint eine quantitative Messung mit den eingeschränkten Möglichkeiten eines kommunalen Bildungsmonitorings wenig aussichtsreich. Was gute Schulsozialarbeit ist und wie sie empirisch erfasst werden kann, wird in Wissenschaft und Praxis kontrovers diskutiert. Einigkeit herrscht zumindest dahingehend, dass Effekte und Wirkungsweisen sozialpädagogischen Handelns vielschichtig und verschlungen sind und (mögliche) Ergebnisse, wie bspw. ein positiveres Klassenklima oder ein verbessertes Schulbesuchsverhalten, von vielen Faktoren beeinflusst werden. Auch wenn Sie, um beim obigen Beispiel zu bleiben, einen Zusammenhang zwischen den umgesetzten Maßnahmen (Qualifizierung, Personalschlüssel verbessern) und den von ihnen gewünschten Ergebnissen von Schulsozialarbeit (z. B. weniger unentschuldigte Fehlzeiten im Unterricht, weniger Schulabbrüche) beobachten, können Sie eine kausale Interpretation des Zusammenhangs theoretisch und empirisch nur schwer begründen. Da Schulsozialarbeit zudem eine breite Aufgabpalette hat (ihr Spektrum umfasst Gewaltphänomene, Suchtproblematiken, schulisches Leistungsverhalten, Kooperation mit Eltern, Übergangsberatung und -begleitung usw.) und sowohl auf der individuellen als auch auf Gruppenebene ansetzt, besteht die Schwierigkeit häufig schon darin genau zu benennen, was denn die zu erwartenden Ergebnisse von Schulsozialarbeit eigentlich sein sollen. Alle diese gegenstandsbezogenen (theoretischen) Probleme stehen quantifizierenden Messungen eher im Wege, da die Entwicklung von Indikatoren ein sehr genaues Bild des Gegenstandes voraussetzt. Eine mögliche Alternative könnte in unserem Fall eine Befragung von Schulsozialarbeiterinnen/Schulsozialarbeitern mit Hilfe von qualitativen Interviews sein. Im Gespräch könnten sie um eine Einschätzung gebeten werden, wie sich die durchgeführten Qualifizierungsmaßnahmen und die Verbesserung des Personalschlüssels auf ihre Arbeit ausgewirkt haben. Auf der bildungspolitischen Ebene kann auf Grundlage der Aussagen der Befragten dann entschieden werden, ob die Maßnahmen ihre intendierte Wirkung entfalten oder ob sie gegebenenfalls angepasst werden müssen.

Und auch wenn soziale Sachverhalte gut quantifizierbar sind, ist eine selbige für die Überprüfung des (Nicht-)Erreichens von Zielen nicht in jedem Fall sinnvoll. Denn bisweilen steht nicht die (Nicht-)Erreichung, sondern andere Aspekte im Vordergrund. Ruft ein bildungspolitisches Ziel etwa die Entwicklung von Konzepten für ländliche Schulstandorte auf Landes-, Kreis- und Gemeindeebene aus, scheint es nicht unberechtigt anzunehmen, dass das vordergründige Erkenntnisinteresse der relevanten Akteure nicht darin besteht zu erfahren, ob es einen Entwurf gibt oder nicht, sondern vielmehr die Qualität des Konzepts ausschlaggebend ist.



In diesem Fall könnte die Aufgabe der Einschätzung der Zielerreichung aus den Händen des Bildungsmonitorings in die Arme des Bildungsmanagements übergehen. Denn zur Einschätzung der Brauchbarkeit der Pläne für die Entwicklung von ländlichen Schulstandorten scheinen vor allem Expertinnen/Experten aus verschiedenen Institutionen wie bspw. Landesschulämtern, Schulleitungen, Schulentwicklungsplanung etc. qualifiziert zu sein. Eine Diskussion und Bewertung der Entwürfe könnte ihren Ort also eher in den kommunalen Netzwerken und Gremien mit Bildungsbezug finden. Eine kommunikative Überprüfung der Zielerreichung scheint in diesem Fall angemessener als eine quantitativ durchgeführte, mit den Mitteln des Bildungsmonitorings.

Das Messen mit Hilfe von Indikatoren ist nur eine von vielen Möglichkeiten das (Nicht-)Erreichen von Zielen darzustellen. Scheint eine Messung Ihnen adäquat, lohnt es sich, die bildungspolitischen Ziele Ihrer Kommune zunächst zu sichten und zu ordnen.



Ziele und ihre Beziehung zueinander

Bildungsziele beschreiben die gewünschte Veränderung einer nicht zufriedenstellenden Ausgangssituation im kommunalen Bildungsbereich. In komplexen bildungspolitischen Strategien werden zusätzlich Maßnahmen geplant, um diese Ziele zu erreichen. Bei der Überprüfung von bildungspolitischen Zielen interessiert dann, ob Veränderungen im Zielzustand stattgefunden haben und ob die gemessenen Veränderungen auf die geplanten Aktivitäten zurückgeführt werden können. Da es hier also immer um die Herstellung eines Zusammenhangs von Maßnahmen und ihren geplanten Effekten als mögliche Veränderung in den Zielzuständen geht, sollten Sie die bildungspolitische Strategie Ihrer Kommune (im Ganzen oder für die interessierenden Teilbereiche) kennen.

Das Problem besteht häufig darin, dass die bildungspolitischen Zielstellungen einer Kommune nicht in einem einzigen Dokument (z. B. Bildungsleitbild) festgehalten sind. Häufig sind sie an unterschiedlichen Orten verstreut: In Entwicklungskonzepten, Beschlüssen des Kommunalparlamentes oder in Sitzungsprotokollen. Außerdem sind sie nicht immer kodifiziert, sondern können, z. B. als Aufträge aus dem Geschäftsalltag, auch in mündlicher Form vorliegen. Durch die unterschiedlichen Formate und Aufenthaltsorte von Zielen stehen sie oft unverbunden nebeneinander. Mögliche Verknüpfungen, wenn z. B. aus strategischen Zielen Handlungsziele und entsprechende Maßnahmen abgeleitet werden, sind für die Akteure deshalb nicht immer sichtbar.

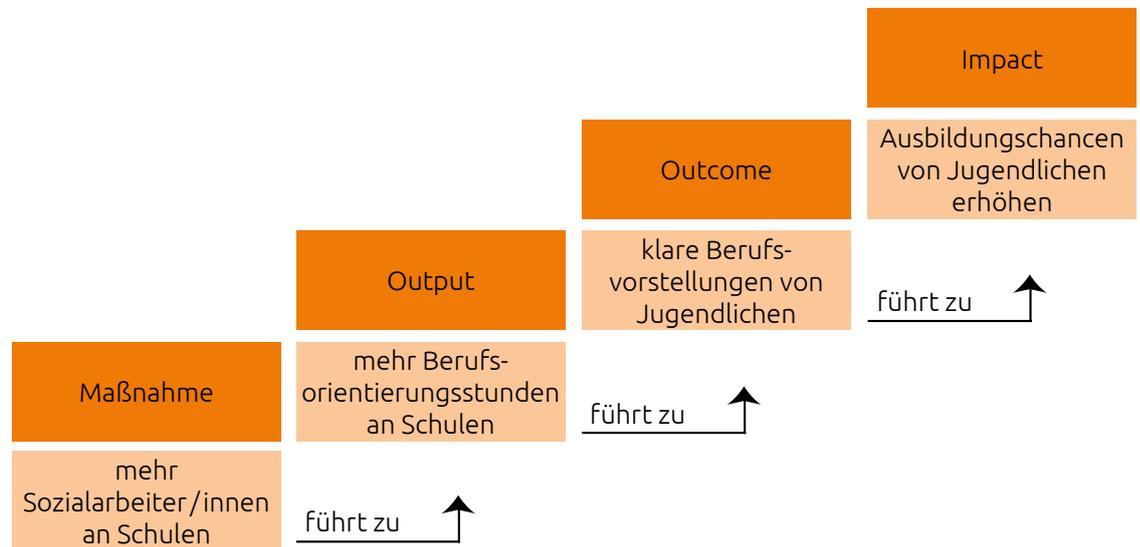
Das Sammeln und Sortieren von Zielen kann Ihnen in dieser Situation helfen, die Beziehungen zwischen den Zielen an die Oberfläche zu bringen und so ein tieferes Verständnis der bildungspolitischen Strategie in Ihrer Kommune zu gewinnen. Im Kontext des Bildungsmonitorings hilft es Ihnen, das eigene Indikatorensystem zu strukturieren und den Bezug zur kommunalen Gesamtstrategie herzustellen.

Eine Möglichkeit die Vielzahl bildungspolitischer Zielstellungen zu strukturieren, kann sein, sie zunächst nach der Zielebene zu unterscheiden, die in ihnen adressiert wird. Werden konkrete Handlungsziele angesprochen, dann spricht man auch von operativen Zielen, die einen gewünschten Output von Aktivitäten oder Maßnahmen festlegen. Werden die geplanten Wirkungen dieser Handlungen beschrieben, also Maßstäbe für die gewünschten Folgen der Arbeit (Outcome) in Projekten, Maßnahmen oder Institutionen, dann bewegt man sich auf der Ebene strategischer Ziele. Handelt es sich hingegen um die Ergebnisse langfristiger Entwicklungen (Nachhaltigkeit oder auch Impact), die durch den Outcome hervorgerufen werden sollen, dann wird oft von Oberzielen oder Leitlinien gesprochen.

An dieser Ordnung wird bereits deutlich, dass Ziele in Abhängigkeit der adressierten Ebene auch in eine zeitliche Ordnung gebracht werden können. So werden sie als aufeinanderfolgende Zielzustände in einer Ereignisfolge sichtbar, die durch Annahmen über Ursache-Wirkungsbeziehungen zwischen den jeweiligen Zielen miteinander verbunden sind. Auf konzeptueller Ebene kann so beschrieben werden, mit welchen Aktivitäten und Maßnahmen welche Outputs (Produkte, Dienstleistungen) angeboten und welche Ergebnisse (Outcomes) sowie langfristigen Resultate (Impacts) erreicht werden sollen.



Ordnen Sie Ihre bildungspolitischen Ziele in ein solches kausallogisches Modell ein, werden die einzelnen Arbeitsschritte, ihre intendierten Wirkungen und die zugrunde liegende (oft auch implizite) Handlungsstrategie sichtbar. Folgende Grafik stellt die logische Struktur einer Zielkette am Beispiel einer kommunalpolitischen Kampagne zur Erhöhung der Ausbildungschancen von Jugendlichen dar.



Mit Hilfe eines solchen logischen Modells können auch Diskurse über die Plausibilität einer kommunalpolitischen Strategie angeregt werden (siehe auch Seite 13-14). Dazu eruieren Sie, unter welchen Voraussetzungen die dargestellten Verknüpfungen zwischen den Zielebenen funktionieren und welche weiteren Faktoren hier Einfluss haben könnten, d. h., Sie setzen sich damit auseinander, wie überzeugend die angenommene Verknüpfung (Ursache-Wirkungsbeziehung) ist. Die Gültigkeit der ersten Annahme der oben dargestellten Wirkungskette, dass mehr Schulsozialarbeiter/innen an Schulen mehr Berufsorientierungsangebote durchführen, ist bspw. an die Bedingungen geknüpft, dass die eingestellten Schulsozialarbeiter/innen einen klaren Auftrag zur Durchführung beruflicher Bildungsangebote und neben ihren anderen Aufgaben genügend Zeit und Raum zu deren Realisierung haben. Und wie stichhaltig ist es, anzunehmen, dass Jugendliche mit klaren Vorstellungen zu ihrem Wunschberuf einfacher eine Ausbildung finden und diese auch erfolgreich abschließen? Müssten nicht auch Kammern und Betriebe mit in die Kampagne einbezogen werden, indem sie bspw. mehr Praktikums- und Ausbildungsplätze zur Verfügung stellen und eine hohe Qualität ihrer Angebote garantieren, um so eine Annäherung an die Berufsvorstellungen der Jugendlichen und einen erfolgreichen Abschluss einer Ausbildung von der Angebotsseite her zu gewährleisten?

Obwohl es sich bei den hier beschriebenen logischen Modellen nur um einen hypothetischen Entwurf von Kausalität und nicht um tatsächliche empirische Wirkungsketten handelt, können sie deutlich machen, auf welchen Annahmen die Auswahl der einzelnen Aktivitäten beruhen und was ihr Mislingen oder Greifen auf einer theoretischen Ebene plausibel erscheinen lässt. Grundlage dafür ist, dass diese Annahmen und Gelingensbedingungen durch eine diskursive Auseinandersetzung und gemeinsame analytische Anstrengungen herausgearbeitet und damit an die Oberfläche gebracht werden.



Wenn Sie sich mit den verschiedenen Akteuren in einen derartigen Verständigungsprozess begeben, wird schnell deutlich werden, dass Bildungsziele in den wenigsten Fällen konkret formuliert sind. Wenn ausgerufen wird, dass die Ausbildungschancen von Jugendlichen erhöht werden sollen, dann kann darunter in einem engeren Sinne verstanden werden, dass es hier um die Verbesserung der individuellen Möglichkeiten der Jugendlichen auf dem Ausbildungsmarkt geht. In diesem Fall müssten die persönlichen Fähigkeiten der Jugendlichen im Zentrum der durchzuführenden Maßnahmen stehen. Sollte sich das proklamierte Ziel jedoch mehr an der Wettbewerbsfähigkeit und Stärkung der lokalen Wirtschaft ausrichten, rücken vor allem die Attraktivität und die Qualität der Ausbildungsangebote in den Blick. Dasselbe Ziel kann sich so, je nach Lesart und Konkretisierung, auf ganz unterschiedliche Zielgruppen beziehen. Für die strategische und praktische Ausrichtung von Maßnahmen ist ein eindeutiges und geteiltes Zielverständnis unabdinglich. Aber auch die Messung von bildungspolitischen Zielen setzt genauestens definierte Ziele voraus.



Begriffe und Ziele klären

Je nachdem wie genau bildungspolitische Ziele umrissen sind, ist der Weg hin zu ihrer Messung unterschiedlich weit. Im Kontext der empirischen Sozialforschung wird der mangelnden Präzision und Vagheit von Begriffen dadurch begegnet, dass diese unter Rückgriff auf Fachliteratur semantisch und logisch näher bestimmt werden. Solche sprachanalytischen Bearbeitungen scheinen im Rahmen des kommunalen Bildungsmonitorings aber nur bedingt hilfreich. Denn was unter einem bildungspolitischen Begriff zu verstehen ist, zeigt sich nicht durch lexikografische Bemühungen, sondern ist Ergebnis der politischen Willensbildung in einer Kommune. Wie Bildungsziele zu verstehen (und damit auch zu messen) sind, lässt sich deshalb nur in Auseinandersetzung mit den politisch Verantwortlichen ermitteln.

Das Verständnis bildungspolitischer Begriffe, wie z. B. Qualität von Schulsozialarbeit, Integration, Teilhabe oder »berufsfähig machen«, richtet sich vor allem an den Absichten der relevanten Akteure und der praktischen Relevanz des Themas aus. Die jeweiligen Begriffsverständnisse müssen miteinander konfrontiert und (zumindest vorläufig) in Einklang gebracht werden. Im günstigsten Falle passiert das schon bei der Entwicklung und Diskussion eines Leitbildes oder der bildungspolitischen Ausrichtung einer Kommune.

Allen Überlegungen zu idealtypischen Abläufen zuwider wird es Szenarien geben, in denen konkurrierende Vorstellungen nebeneinander stehen bleiben und Sie bei der Konkretisierung von Begriffen auf sich selbst gestellt sind. In diesem Fall scheint es besonders wichtig, dass der Messung zu Grunde liegende Begriffsverständnis zu dokumentieren und gute Gründe für die jeweilige Auslegung zu sammeln. Denn während Sie sich bei der Diskussion Ihrer Ergebnisse im Idealfall auf ein kommunikativ validiertes Zielverständnis berufen können, müssen Sie es unter ungünstigeren Voraussetzungen zunächst erörtern und dann auch gegen argumentative Einwände verteidigen können.

Erste Hinweise auf ein »angemessenes« Zielverständnis liefern Antworten auf Fragen wie: Wer arbeitet mit den Ergebnissen und wozu braucht diese Person die Ergebnisse? Auch der Austausch mit Kolleginnen/Kollegen, die tiefere Einsichten in die Beweggründe relevanter Akteure haben, könnte hilfreich sein. Ebenso dienlich kann die eingehende Analyse der kommunalpolitischen Bildungsstrategie sein, die versteckte Annahmen und Vorstellungen sichtbar machen und so Anhaltspunkte für ein Zielverständnis liefern kann (siehe S. 4-5).



Indikatoren entwickeln

Nachdem Sie sich (mit oder ohne relevante Akteure) ein konkretes Begriffsverständnis erarbeitet haben, müssen Sie den abstrakten Begriffen oder Konstrukten mess- bzw. beobachtbare Sachverhalte, sog. Indikatoren, zuordnen (Operationalisierung). Dadurch können Sie sagen, ob und in welcher Ausprägung die theoretischen Begriffe in der empirischen Welt vorliegen.

Die Idee des Indikators ermöglicht es, eine Brücke vom Nicht-Messbaren zum Messbaren zu schlagen. Indikatoren zeichnen sich durch drei Eigenschaften aus:

1. Sie sind ein Anzeiger, der wahrnehmbar (beobachtbar) sein muss.
2. Sie beziehen sich immer auf ein nicht wahrnehmbares, durch den Indikator abgebildetes Konstrukt.
3. Zur Verknüpfung von Anzeiger und Konstrukt beinhalten sie eine überzeugende Annahme über den vermuteten Zusammenhang (die sog. Korrespondenzregel) zwischen beiden.

Theoretisch lassen sich unendlich viele Anzeiger für ein abstraktes Konstrukt finden. Da das eigentliche Konstrukt niemals direkt gemessen werden kann, bleibt die endgültige Beurteilung eines Indikators immer hypothetisch. Für einen guten Indikator müssen Sie neben einer Explikation des zu messenden Konstrukts also eine überzeugende und theoretisch korrekt formulierte Verknüpfungsregel von Anzeiger und Konstrukt vorhalten. Die zwei wichtigsten Fragen an dieser Stelle lauten: Was soll operationalisiert werden und warum misst der Anzeiger das Konstrukt?

Im Weiteren müssen Sie entscheiden, wie Sie die beobachtbaren Sachverhalte genau messen wollen. Wie oben schon angesprochen, müssen die eingesetzten Erhebungsverfahren zum Untersuchungsgegenstand passen. Das bedeutet in diesem Fall nicht nur, dass die interessierenden Phänomene quantifizierbar sind, sondern auch, dass die Erhebungsform zum Erkenntnisinteresse passen muss. Meinungen und Erfahrungen erfassen Sie bspw. durch Selbstauskünfte von Personen (Befragung) und Handlungen (z. B. Mobbing, Qualität von Unterricht) können Sie mit standardisierten Beobachtungen aufnehmen. Eigenschaften und Merkmale von Personen (Geschlecht, arbeitslosgemeldete Personen, Schüler/innen, die in einer Schule gemeldet sind) können sowohl durch Beobachtungen als auch durch Selbstauskünfte erhoben werden.

Außerdem müssen Sie entscheiden, mit welcher Qualität bzw. Genauigkeit Sie messen möchten. Hilfreich ist es hier, vom Ergebnis her zu denken: Wenn mir die Variable bzw. das Merkmal in dieser Form vorliegt, welche Interpretationen lassen die Daten dann zu? Was kann ich aus den Daten in dieser Form ableiten? Und würde das mein Erkenntnisinteresse befriedigen? Denken Sie dabei immer auch an die statistischen Auswertungsverfahren, die Sie auf Ihre Daten anwenden möchten. Für die jeweiligen Verfahren müssen die Daten bestimmte Voraussetzungen erfüllen.



Das Wünschenswerte stößt immer auch an Grenzen des Machbaren und in Ihrem Arbeitsalltag werden Sie vielen Dingen begegnen, die einer theoretisch und methodisch perfekten Messung im Wege stehen. Gerade weil die Ressourcen zur Erhebung eigener Daten immer knapp und Daten von Dritten oft nur schwer zugänglich sind, sind Sie als Bildungsmonitorer/in besonders auf die bereits vorliegenden Kennzahlen angewiesen. Diese sind jedoch oft nicht anschlussfähig an die theoretischen Ansprüche eines Indikators; sie bilden das Konstrukt meist nur unzureichend ab. Kurzum: Sie werden oft gezwungen sein, die hohen Ansprüche einer Operationalisierung mit den Umsetzungsbedingungen und -möglichkeiten vor Ort zu balancieren.

Wir möchten Ihnen im Folgenden einzelne Arbeitsschritte vorstellen, mit deren Hilfe Sie für Sie realisierbare Indikatoren und Messungen entwickeln können. Dabei gehen wir davon aus, dass es ertragreicher ist, wenn Sie sich zunächst Gedanken über idealtypische Indikatoren machen, also solche, die theoretisch und methodisch gut begründet sind. Erst dann suchen Sie nach praktisch auch realisierbaren Indikatoren. Gerade weil die hohen theoretischen und methodischen Anforderungen an Indikatoren in der Praxis kaum zu verwirklichen sind und sich daraus eine besondere Behutsamkeit bei der Interpretation und Diskussion der erzielten Ergebnisse ableitet, scheint es uns besonders wichtig, die Möglichkeiten und Grenzen der eigenen Indikatoren zu kennen. Und die Probleme des angewendeten Instrumentes, so unsere Vermutung, zeigen sich besonders deutlich in der Differenz zum Ideal.

Unter Berücksichtigung dieser Überlegungen lässt sich die Phase der Operationalisierung in folgende Schritte untergliedern. Ein ausbuchstabiertes Beispiel für den Prozess der Entwicklung von Indikatoren nach dieser Vorgehensweise finden sie im Praxisbeispiel (ab S. 15).

Erster Schritt: Ableitung beobachtbarer Sachverhalte und Entwicklung von Verknüpfungsregeln

Voraussetzung für die Ableitung von beobachtbaren Sachverhalten ist die genaue Bestimmung des Begriffs, für welchen Sie Indikatoren finden wollen. Jetzt geht es für Sie an die eigentliche Operationalisierung: Sie machen sich auf die Suche nach beobachtbaren Sachverhalten und formulieren überzeugende Korrespondenzregeln, also Aussagen über die Art und Stärke des Zusammenhangs von Konstrukt und Indikator.

Zweiter Schritt: Entwurf idealer Indikatoren, die den Sachverhalt am besten messen

Zunächst werden ideale Indikatoren entworfen, also Kennzahlen, die den Sachverhalt am besten messen können. Außerdem sollten zugleich mögliche Probleme und Einschränkungen für die optimale Messung ergründet werden. Hierbei muss auch bedacht werden, auf welchem Messniveau die Daten vorliegen sollten, weil die jeweilige Beschaffenheit der Daten nur bestimmte Rückschlüsse zulässt. Außerdem ist an dieser Stelle zu erwähnen, dass komplexe Konstrukte, mit denen wir es beim Thema Bildung bzw. bei Gegenständen aus der sozialen Welt in der Regel zu tun haben, nicht mit einem einzigen Indikator gemessen werden können. Die Vielschichtigkeit des Konzeptes wird dann mit Hilfe von mehreren Indikatoren oder Indizes abgebildet.



Dritter Schritt: Ableitung realisierbarer Indikatoren, die trotz Einschränkungen umsetzbar wären

Hier konstruieren und prüfen Sie Indikatoren, die unter den Ihnen gegebenen Umständen umsetzbar sind. Sie sollten immer mehrere Alternativen zur Umsetzung des idealen Indikators entwickeln und jeweils hinsichtlich ihrer theoretischen, methodischen und praktischen Probleme prüfen. In der Regel bedeutet das für Sie, zu schauen, welche Kennzahlen ihre kommunalen Datenbestände bereithalten. Diese gilt es dann, dem idealtypischen Indikator gegenüberzustellen und zu diskutieren, wie nahe sie diesem kommen und welche theoretischen und methodischen Einschränkungen Sie womöglich hinnehmen müssten. Gleiches gilt für die kritische Prüfung von Sekundärdaten, die von anderen Einrichtungen veröffentlicht wurden bzw. dort liegen. Wenn alle vorliegenden oder zugänglichen Daten Ihren Ansprüchen nicht entsprechen, sollten Sie über eine eigene Datenerhebung nachdenken.

Vierter Schritt: Instrumentenentwicklung

Dieser Schritt ist besonders relevant, wenn Sie sich entschieden haben, eine eigene Erhebung durchzuführen. Dann gilt es zu fragen, wie die Daten für den Indikator erhoben werden können und welche Art von Messinstrument dabei eingesetzt werden muss (siehe auch unsere Handreichung »Eigene Datenerhebungen planen«). Da Sie im Rahmen des Bildungsmonitorings Ihre Daten (in der Regel) nicht selber erheben, sollten Sie die vorhandenen Daten immer kritisch prüfen: Welche Begriffe wurden der Erhebung zu Grunde gelegt? Wie wurde methodisch bei der Datenerhebung gearbeitet? Können die Daten nach meinen Ansprüchen differenziert dargestellt werden? Sind kleinräumige Analysen möglich? Werden die Daten auch periodisch erhoben und sind damit Entwicklungen darstellbar?

Am Ende wird ein Fazit gezogen, indem alle Indikatoren hinsichtlich ihres Bezuges zum theoretischen Konstrukt, der zu erwartenden Messqualität (Genauigkeit der Messung) und ihrer Praktikabilität (Aufwand und Umsetzbarkeit) bewertet wurden. Unterstützend könnten Sie dazu eine Pro-und-Contra-Liste eines jeden geprüften Indikators anlegen.

Nachdem Sie sich für bestimmte Indikatoren ausgesprochen und Ihr abschließendes Indikatorenset erstellt haben, gilt es, alle notwendigen Daten zu sammeln. Das bedeutet, dass Sie Grunddaten aus der amtlichen Statistik beziehen, von Dritten einholen oder eigene Erhebungen durchführen müssen. Anschließend werden die Rohdaten aufbereitet und durch statistische Analysen (Berechnen von Häufigkeiten und Durchschnittswerten, Konstruktion von Skalen etc.) und ggf. eine grafische Darstellung in Tabellen oder Abbildungen verdichtet. Dann wenden Sie sich dem letzten Schritt der Zielüberprüfung zu: der Darstellung und Diskussion der Ergebnisse.



Interpretation der Ergebnisse

Zur Ableitung von Schlussfolgerungen und Empfehlungen müssen den betroffenen Akteuren relevante Daten zur Ausgangssituation, zu den durchgeführten Maßnahmen und den Resultaten vorliegen. Alle Beteiligten sollten in der Lage sein, diese Daten angemessen zu interpretieren. Das heißt vor allem, dass Sie alle notwendigen Informationen besitzen, um die Güte des verwendeten Indikators einzuschätzen, um so abzuwägen, ob dieser Ihren Ansprüchen an eine gute Messung genügt. Es geht vor allem darum, Vertrauen in die Indikatoren aufzubauen. Dazu müssen Sie die Ergebnisse für die Beteiligten nachvollziehbar machen, indem Sie Ihre Vorgehensweise detailliert darstellen: Wie sind Sie zu den Ergebnissen gekommen? Welches Begriffs- bzw. Zielverständnis liegt ihrem Vorgehen zu Grunde? Welche Indikatoren haben Sie zur Messung verwendet? Wie wurden die Indikatoren genau erhoben? Welche möglichen Einschränkungen bei der Messung gilt es zu beachten? Nur wenn die Beteiligten davon überzeugt sind, dass die verwendeten Indikatoren die zu messenden Ziele auch präzise (genug) abbilden, lassen sich im nächsten Schritt Diskussionen über Zusammenhänge in den Daten, über Ursachen und Wirkungen, sinnvoll führen.

Ist das Vertrauen der beteiligten Akteure in die verwendeten Indikatoren gestärkt, sollten Sie gemeinsam Interpretationen bzw. Erklärungen für die vorgefundenen Ergebnisse suchen: Warum hat die intendierte Veränderung (nicht) stattgefunden? Anhand der Daten sollte nachvollziehbar werden, ob die Maßnahmen in geplanter Weise umgesetzt und ob die beabsichtigten Wirkungen auf den verschiedenen Zielebenen (Output, Outcome, Impact) erzielt wurden. Bleiben die gewünschten Veränderungen aus, kann das daran liegen, dass die Maßnahmen nicht oder nicht in ausreichendem Maße durchgeführt wurden, dass die Maßnahmen nicht korrekt umgesetzt oder dass nicht die richtigen Maßnahmen durchgeführt wurden. Doch selbst wenn die beabsichtigten Veränderungen eingetreten sind, müssen sie nicht zwangsläufig den durchgeführten Aktivitäten zugerechnet werden. Denn möglicherweise sind diese »wirkungslos«, während andere, nicht geplante Begebenheiten oder Umstände, auf die Erreichung des Ziels hinarbeiten.

An dieser Stelle sind Sie mitten in der Diskussion um die Plausibilität der bildungspolitischen Strategie Ihrer Kommune. Hier kann Ihnen wieder das zuvor entwickelte logische Modell hilfreich zur Seite stehen: Wenn Sie die bildungspolitische Strategie Ihrer Kommune im Vorfeld eingehender analysiert haben, dann liegen Ihnen die (versteckten) Annahmen, die der Verknüpfung der verschiedenen Zielebenen als Ursache-Wirkungs-Hypothesen zu Grunde liegen (siehe S. 3-5), bereits vor. Diese können Ihnen nun als erster interpretativer Zugang dienen und den Ausgangspunkt für die Entwicklung von weiteren Lesarten der Daten bilden.

An dieser Stelle ist es zentral, nicht bei ersten, meist voreiligen Interpretationen und Schlussfolgerungen stehenzubleiben. Regen Sie die Teilnehmenden zu weiteren alternativen Erklärungsversuchen an. Wählen Sie dafür unterschiedliche Zugänge, indem Sie Phänomene bspw. über die Handlungsmotive von Personen oder durch Ursachen auf struktureller und ökonomischer Ebene deuten. Versuchen Sie auch die Perspektive anderer Beteiligter einzunehmen. Stellen Sie die verschiedenen Interpretationen gegenüber und eruieren Sie, welche Ihnen logisch und argumentativ am überzeugendsten erscheinen. An dieser Stelle spielen auch die



von Ihnen gesammelten Daten eine wichtige Rolle. Zwar können Sie, wie oben schon erwähnt, aus beobachteten Zusammenhängen in den Daten keine endgültigen Rückschlüsse auf kausale Zusammenhänge in der Realität ziehen, dennoch können Sie überzeugende Interpretationen zusätzlich stützen. Und wenn sich intendierte Wirkungen über einen längeren Zeitraum einstellen (oder ausbleiben), liegt der Verdacht nahe, dass es sich hier tatsächlich um (k)einen wirksamen Zusammenhang handelt.

Die jeweiligen Interpretationen der Ergebnisse werden zu unterschiedlichen Empfehlungen für die zukünftige Ausrichtung der bildungspolitischen Strategie führen. An dieser Stelle haben Sie nicht nur gemeinsam verschiedene Empfehlungen entwickelt, Sie können diese Dritten auch nachvollziehbar darstellen, denn Sie können zeigen, unter welchen erklärenden Annahmen Sie zu diesen Empfehlungen gekommen sind. Die Verständigung über die Ergebnisse der Überprüfung der bildungspolitischen Ziele trägt so dazu bei, dass ein tieferes Verständnis über die gegenwärtige Situation der Kommune geschaffen wird. Auf dieser Basis können Diskussionen über die zukünftige Entfaltung der Bildungslandschaft ihren Ausgang nehmen.

Weiterlesen:

- ▶ Meyer, W. (2004): Indikatorenentwicklung: Eine praxisorientierte Einführung (2. Auflage), <http://tiny.cc/7rxqry>, Stand 12.03.2018.
- ▶ Beywl, W./ Schepp-Winter, E. (2000): Zielgeführte Evaluation von Programmen. Ein Leitfaden, <http://tiny.cc/6vxqry>, Stand 12.03.2018.

Stadt Wiesbaden: Monitoring zur sozialen Integration von Migrantinnen/Migranten

- ▶ Bundesland: Hessen
- ▶ Einwohner: 290.072
- ▶ Fläche: 203,93 km²
- ▶ Gliederung: 26 Ortsbezirke

Im Jahr 2017 verabschiedete die Stadt Wiesbaden das »Integrationskonzept für Geflüchtete in Wiesbaden 2017-2020«. Das Papier enthält grundsätzliche Leitlinien und daraus abgeleitete Maßnahmen zur Integration von geflüchteten Menschen. Das Dokument soll ein gemeinsames und abgestimmtes Handeln von Verwaltung, Politik, Bürgerschaft sowie Ehrenamtlichen und hauptamtlichen Akteuren ermöglichen. Bereits seit 2003 führt die kreisfreie Stadt Wiesbaden ein Integrationsmonitoring als zentralen Bestandteil der Integrationsberichterstattung durch. Ziel ist es, den Verlauf und den Umfang der Integration von Migrantinnen/Migranten darzulegen und zu interpretieren. So soll aufgezeigt werden, in welchen Bereichen Integration erfolgreich verläuft und wo noch Handlungsbedarf besteht.

Während das Monitoring den komplexen Prozess der Integration in die Dimensionen der strukturellen, kulturellen, sozialen und identifikatorischen Integration unterscheidet und analysiert, organisiert sich das »Integrationskonzept für Geflüchtete in Wiesbaden 2017-2020« entlang von thematisch gegliederten Handlungsfeldern. Durch diese unterschiedliche Herangehensweise sind das Integrationskonzept und der Bericht des Monitorings zur Integration von Migranten in Wiesbaden noch nicht eng miteinander verzahnt. So wird bspw. nicht deutlich, welche im Integrationskonzept entworfenen Maßnahmen, z. B. zur Stärkung der sozialen Integration, beitragen sollen.

Auf Grundlage des oben beschriebenen Rahmens zur Analyse eines bildungspolitischen Programms auf kommunaler Ebene und der schrittweisen Entwicklung von Indikatoren zur Überprüfung von Bildungszielen versuchen wir an dieser Stelle das »Integrationskonzept für Geflüchtete in Wiesbaden 2017-2020« und den Bericht »Monitoring zur Integration von Migranten in Wiesbaden« aus dem Jahr 2017 zu analysieren und miteinander zu verknüpfen. Wir fokussieren uns dabei auf die Dimensionen der sozialen Integration. Im Mittelpunkt stehen die Fragen, welche Strategie zur Verbesserung der sozialen Integration von Migrantinnen/Migranten sich aus den genannten Materialien rekonstruieren lässt und welche Möglichkeiten zur Messung der sozialen Integration das Monitoring der Stadt Wiesbaden bietet. Zuerst blicken wir auf das zu Grunde gelegte Integrationsverständnis.



Der komplexe Prozess der Integration, der als langfristige Eingliederung von Menschen mit Migrationshintergrund in das soziale und kulturelle Spektrum der Aufnahmegesellschaft, ohne die Aufgabe der eigenen kulturellen Identität, gefasst wird, wird für das Integrationsmonitoring (wie oben bereits erwähnt) in vier verschiedene Dimensionen getrennt: Die strukturelle, die kulturelle, die soziale und identifikatorische Integration. Für die soziale Integration wird festgehalten, dass es sich hierbei um die »Eingliederung in private Sphären der Aufnahmegesellschaft« handelt.

Wendet man sich dem Integrationskonzept der Stadt Wiesbaden mit dieser definatorischen Brille zu, dann lassen sich hierin einzelne Ziele identifizieren, die den Bereich der sozialen Integration thematisieren (auch wenn sie im Konzept selber nicht unter diesem Etikett behandelt werden), z. B. sollen mehr Migrantinnen/Migranten in Sportvereinen organisiert sein, interethnische Kontakte gefördert und Sportvereine auf dem internationalen Sommerfest vorgestellt werden.

Setzt man die unterschiedlichen Ziele nun zueinander in Beziehung, lässt sich ihr Verhältnis in etwa wie folgt beschreiben: Bei der Vorstellung der Sportvereine auf dem internationalen Sommerfest handelt es sich um eine konkrete Maßnahme, die dem operativen Ziel dient, mehr Migrantinnen/Migranten in Sportvereine einzubinden. Diese höhere Einbindung in den organisierten Sport soll wiederum die interethnischen Kontakte, also das Zusammentreffen von Menschen mit und ohne Migrationshintergrund, fördern (strategisches Ziel). Langfristig gesehen sollen dadurch stabile persönliche Kontakte zwischen beiden Gruppen, die soziale Integration, gefördert werden (Nachhaltigkeit). Die sich durch diese Ordnung aufbauende Wirkungskette finden Sie in der Abbildung auf S. 17 illustriert.

Bei der Operationalisierung können den verschiedenen Zielebenen nun unterschiedliche Indikatoren zugeordnet werden: Input-Indikatoren zur Messung der Umsetzung der Maßnahme, Output-Indikatoren zur Abbildung des operativen Ziels, Outcome-Indikatoren zur Messung der angenommenen Wirkung der Maßnahme und Impact-Indikatoren zur Darstellung der Nachhaltigkeit. Hinsichtlich ihrer Eigenschaften oder dem Vorgehen zu ihrer Entwicklung, unterscheiden sich diese Indikatorenklassen nicht. Eingebettet in ein logisches Modell lassen sie sich jedoch an den unterschiedlichen Punkten der Wirkungskette verorten, an denen sie Ursachenfaktoren oder eine erzielte Wirkung repräsentieren.

In diesem Beispiel wollen wir uns auf die Indikatorenbildung für das Oberziel der sozialen Integration konzentrieren. Wie kann also soziale Integration gemessen werden? Zur Beantwortung dieser Frage folgen wir den zuvor dargestellten Schritten zur Indikatorenbildung.



Erster Schritt: Ableitung beobachtbarer Sachverhalte und Entwicklung von Verknüpfungsregeln

Durch die Lektüre des Integrationskonzeptes konnten wir bereits festhalten, dass unter sozialer Integration die Eingliederung von Personen mit Migrationshintergrund in private Sphären der Aufnahmegesellschaft verstanden wird. Wie lässt sich dieses Konzept nun mit Hilfe von Indikatoren messen?

Wie im Integrationsmonitor der Stadt Wiesbaden vorgeschlagen, könnte eine mögliche Operationalisierung über den Anteil der Haushalte erfolgen, in denen Personen mit und ohne Migrationshintergrund zusammenleben. Die zugrundeliegende Annahme über den Zusammenhang von Indikator und Konzept ist hierbei, dass das gemeinsame Wohnen direkt mit der Integration von Personen mit Migrationshintergrund in die private Sphäre von Personen aus der Aufnahmegesellschaft zusammenhängt (Korrespondenzregel). Zunächst scheint dieser Zusammenhang recht überzeugend: Personen, die zusammen in einem Haushalt wohnen, verbindet mit hoher Wahrscheinlichkeit eine persönliche (private) Beziehung bzw. es ist sehr wahrscheinlich, dass sich diese anbahnt. Denn, so die dahinterstehende Vermutung, die ausschlaggebenden Motive für die Entscheidung zusammenzuleben sind Sympathie und emotionale Zuneigung.

Allerdings, und das mindert die Stärke des theoretischen Zusammenhangs von Indikator und Konstrukt, kann der vorgeschlagene Indikator die Eingliederung in die private Sphäre



eben nicht direkt messen, sondern nur vermittelt über das Vehikel des gemeinsamen Zusammenlebens in einem Haushalt. Ob es private Kontakte zwischen den Zusammenlebenden tatsächlich gibt und ob sich diese positiv oder auch konflikthaft gestalten, kann der Indikator nicht abbilden. Trotz dieser Einschränkungen dürfte der Indikator (aus den zuvor genannten und einigermaßen überzeugenden Vermutungen) einen hinreichend verlässlichen Eindruck von der Einbeziehung von Migrantinnen/Migranten in die privaten Sphären der Aufnahmegesellschaft geben.

Zweiter Schritt: Entwurf idealer Indikatoren, die den Sachverhalt am besten messen

Ein idealer Indikator müsste in diesem Falle alle Haushalte angeben, in denen Personen mit und ohne Migrationshintergrund zusammenleben. Dafür müsste er u. a. folgende Bedingungen erfüllen: Personen müssten eindeutig einer Wohnung zugeordnet werden können; der Migrationshintergrund der Bewohner/innen muss erfasst werden; in den Daten darf es keine Karteileichen geben (z. B. Personen, die sich nicht an- bzw. umgemeldet haben) und alle Mitglieder eines Haushaltes müssten verzeichnet sein (Wohngemeinschaften werden u. U. nur als Einpersonenhaushalte erfasst).

Dritter Schritt: Ableitung realisierbarer Indikatoren, die trotz Einschränkungen umsetzbar wären

Zunächst gilt es, die kommunalen Datenbestände nach Möglichkeiten der Realisierung des idealen Indikators zu befragen. Hier sieht die Lage recht ernüchternd aus: Auf Grundlage der Verwaltungsdaten können keine Aussagen über Wohnverhältnisse und Haushaltszusammenhänge getroffen werden. Grundsätzlich ist eine direkte Verknüpfung von Adresse, Wohnung und Haushaltszugehörigkeit der Einwohner/innen nicht möglich. Dafür müssten Daten aus den Melderegistern und der Gebäude- und Wohnungszählung in einem komplexen Verfahren verknüpft werden.

Im Rahmen der Zensuserhebungen wurden jedoch solche Anstrengungen unternommen. Durch ein vielschichtiges Haushaltegenerierungsverfahren ist es möglich, Aussagen über die Struktur von Haushalten und deren Wohnsituation zu machen. Zudem werden sozialstatistische Merkmale der Bewohner/innen registriert. So ist es möglich anzugeben, ob im Haushalt lebende Personen einen Migrationshintergrund haben oder nicht. Kommunen können die Daten des Zensus abrufen. Voraussetzung dafür ist eine abgeschottete Statistikstelle.

An dieser Stelle im Prozess ist auch danach zu fragen, welche alternativen und vor Ort umsetzbaren Indikatoren gebildet werden können. Bei der Untersuchung vielschichtiger



Phänomene kommt der Entwicklung weiterer Indikatoren (jenseits der Suche nach dem besten umsetzbaren Indikator) noch eine weitere Funktion hinzu: Komplexe Sachverhalte, wie etwa soziale Integration, lassen sich nicht durch einen einzelnen Indikator abbilden. Um alle Facetten des Konstrukts zu erfassen, werden Sets von mehreren Indikatoren oder Indizes gebildet.

Am hier gewählten Beispiel der sozialen Integration ist es naheliegend, dass sich die Einbindung in die private Sphäre der Aufnahmegesellschaft nicht ausschließlich durch das Zusammenleben in einem Haushalt widerspiegelt. Im Rahmen des Integrationsmonitorings der Stadt Wiesbaden wurden zusätzliche Indikatoren für soziale Integration gesucht, die nicht nur weitere Facetten des Konzeptes abbilden, sondern gleichzeitig als Kennzahl aus den amtlichen Statistiken vorlagen. Das ist zum einen die Einheiratsquote, also der Anteil der eheschließenden Migrantinnen/Migranten, die eine/n Partner/in ohne Migrationshintergrund heiraten. Die Ehe steht hier für ein hohes Maß an Privatheit und damit sozialer Integration. Zum anderen wurde der Anteil der in Deutschland geborenen Bevölkerung mit Migrationshintergrund an allen Migrantinnen/Migranten herangezogen. Die hier entwickelte Korrespondenzregel besagt, dass in Deutschland geborene Migrantinnen/Migranten weniger Probleme beim Erwerb der deutschen Sprache haben und fest in das Bildungssystem integriert sind. Hierdurch seien enge Kontakte zu Deutschen selbstverständlich. Eine weitere Kennzahl, die problemlos aus den kommunalen Daten adaptiert werden kann, ist der Anteil der Ausländer mit einer Aufenthaltsdauer von 20 und mehr Jahren in Deutschland an allen Ausländern. Hier wird vermutet, dass eine steigende Aufenthaltsdauer mit zunehmender Vertrautheit mit den Lebensbedingungen in der Aufnahmegesellschaft einhergeht und damit die Wahrscheinlichkeit von persönlichen Kontakten zwischen Menschen mit und ohne Migrationshintergrund steigt.

Allerdings sind sowohl die Zensusdaten, als auch die vorhandenen kommunalen Daten, mit Makeln behaftet, denn sie erfassen den Gegenstand (private Kontakte) nicht direkt (gemeinsamer Haushalt, in Deutschland geboren, langer Aufenthalt) oder nur eine sehr spezifische Form des sozialen Kontaktes (Ehe). Enge und dauerhafte soziale Beziehungen können aber auch am Arbeitsplatz, durch Begegnungen mit Nachbarinnen/Nachbarn, über Freunde, in der Familie oder ein gemeinsames Vereinsleben wachsen. Um diese Aspekte der sozialen Integration in den Blick zu nehmen, wurden in Wiesbaden die vorhandenen Daten um eine eigene Bürgerbefragung ergänzt.

Vierter Schritt: Instrumentenentwicklung

Die Ergebnisse der kritischen Prüfung der Indikatoren und Datenquellen müssen hier in Überlegungen zum konkreten methodischen Vorgehen übergehen. Trotz der oben angesprochenen Probleme der vorhandenen Indikatoren hat man sich in Wiesbaden dafür entschieden, die Daten des Mikrozensus und die vorhandenen kommunalen Daten als Indikatoren für soziale Integration einzusetzen. Um die angesprochenen Nachteile



»auszugleichen«, sollten zusätzlich Selbstauskünfte von Migrantinnen/Migranten und Nicht-Migrantinnen/Migranten über ihre sozialen Kontakte zu Personen ohne bzw. mit Migrationshintergrund eingeholt werden.

Bei der Entwicklung des eigenen Instrumentes entschied man sich für einen Fragebogen, der in die Bürgerbefragung Wiesbaden integriert wurde. Das Antwortformat ermöglichte ausschließlich eine dichotome Antwort. Es kann also nur abgeleitet werden, ob es (mindestens einen) Kontakt von Personen mit und ohne Migrationshintergrund gab. Einschätzungen über die Intensität der Kontakte (handelt es sich um Freundschaften oder lose Bekanntschaften) lassen sich so allerdings nicht treffen.

Die Ergebnisse des Integrationsmonitorings der Stadt Wiesbaden werden immer wieder produktiv in den bildungspolitischen Steuerungskreislauf der Stadt aufgenommen. Für die Weiterentwicklung des Integrationskonzeptes haben die umfangreichen Darstellungen zum Ausmaß der Integration in den vier verschiedenen Dimensionen wichtige Anregungen für den Prozess der Zielfindung gegeben. Aus der hier entworfenen Perspektive auf die Überprüfung von bildungspolitischen Zielstellungen könnten das Integrationskonzept und das Integrationsmonitoring noch enger verzahnt werden. Für die jeweiligen Maßnahmen innerhalb der 16 Handlungsfelder des Konzeptes ließe sich bspw. deutlich machen, welcher Dimension der Integration sie zuträglich sein sollen. So kann eine Wirkungskette entworfen werden, deren einzelne Glieder vom Monitoring untersucht werden. Indem eine Verständigung über die möglichen Ursachen von Entwicklungen im Integrationsbereich mit den Ergebnissen unterfüttert wird, kann der Diskurs zur Integration in der Stadt Wiesbaden wertvolle Impulse erhalten.

Weitere Informationen:

Landeshauptstadt Wiesbaden [Hrsg.] (2017): Monitoring zur Integration von Migranten in Wiesbaden, <https://tinyurl.com/y93a3qzz>, Stand 12.03.2018.

Magistrat der Landeshauptstadt Wiesbaden [Hrsg.] (2017): Integrationskonzept für geflüchtete Menschen in Wiesbaden 2017-2020, <https://tinyurl.com/ybwluued>, Stand 12.03.2018.



Impressum

Handreichung Bildungspolitische Ziele mit Hilfe von Indikatoren abbilden
Halle/Leipzig 2018

Copyright © 2018 Deutsches Jugendinstitut e. V.
Transferagentur Mitteldeutschland für Kommunales Bildungsmanagement – TransMit

Witzgallstraße 2, 04317 Leipzig
Telefon: 0341 9939230
info@transferagentur-mitteldeutschland.de
www.transferagentur-mitteldeutschland.de

Redaktion: Michael Brock, Transferagentur Mitteldeutschland für Kommunales
Bildungsmanagement – TransMit, Titelfoto: poylock19/shutterstock.com

Stand: April 2018